

2013-05-27

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen gemeinsam mit dem Haupt- und Personalausschusses zum Haushaltsplanentwurf 2013 am 18.04.2013

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr  
Sitzungsende: 17:50 Uhr  
Sitzungsort: Raum 226, Rathaus Dessau

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die **Ausschussvorsitzenden** begrüßen die Ausschussmitglieder und Gäste beider Ausschüsse, stellen die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit für den Haupt- und Personalausschuss mit 6 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern und für den Finanzausschuss mit 6 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

#### 2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur vorgeschlagenen Tagesordnung werden keine Ergänzungs- und/oder Änderungswünsche vorgebracht. Die Tagesordnung wird durch beide Ausschüsse einstimmig beschlossen.

#### Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 6/0/0  
Finanzausschuss: 6/0/0

#### 3 Öffentliche Anfragen und Informationen

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

#### 4 Öffentliche Beschlussfassungen

**4.1 Haushaltssatzung 2013  
Haushaltsplan 2013  
Stellenplan 2013  
Vorlage: BV/055/2013/II-20**

Das Wort wird an Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen, für inhaltliche Erläuterungen zu den Veränderungen des Ergebnisplanes und des Finanzplanes investiv 2013 übergeben. **Frau Wirth** nimmt Bezug auf die ausgereichte BV/097/2013/II-20 und nennt die wesentlichen Veränderungen im Ergebnis der Haushaltsberatungen zum Haushaltsplanentwurf 2013.

Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 7 anwesende stimmberechtigte Ausschussmitglieder sowohl für den Haupt- und Personalausschuss als auch für den Finanzausschuss.

Anfragen werden wie folgt vorgebracht:

**Produkt 28120  
Heimatspflege, Kulturförderung, eigene Veranstaltungen, Zuschüsse zu Veranstaltung Dritter**

**Herr Dreibrodt** nimmt Bezug auf die Erhöhung des Ansatzes um 9.700,00 EUR. Wie beschlossen reduziere sich zugunsten dieser Position das Produkt 51110 – Bauleitplanung sowie Maßnahmen der Stadtentwicklung und diese Reduzierung sei auch entsprechend als Veränderung ausgewiesen. Jedoch sei die Veränderung zugunsten des Produktes 36612, Konto 5331640 – Zuschuss an Johanniter Unfallhilfe e. V. für Projekt „Kleine Arche“ in Höhe von 30.000,00 EUR – an keiner Stelle untersetzt. **Frau Wirth** erklärt, dass dies durch die verschiedenen Einnahmen innerhalb des Haushaltes finanziert sei. Der Haushalt liege erneut ausgeglichen vor, damit seien auch die 30.000,00 EUR für die Kleine Arche durch entsprechende Aufwandseinsparungen oder Mehreinnahmen gedeckt. **Frau Nußbeck** ergänzt, dass dies aber nicht aus dem vorhandenen Produkt erfolge, sondern an verschiedenen Stellen des Haushaltes.

**Herr Dreibrodt** beantragt im Namen der SPD-Fraktion eine Darstellung der einzelnen Positionen, mit denen die Mehraufwendungen für die Kleine Arche gedeckt werden. Frau Nußbeck sagt eine entsprechende Aufstellung zu. *(Mit Schreiben vom 19.04.2013 beantwortet – wurde den Mitgliedern beider Ausschüsse ebenfalls zur Kenntnis gegeben.)*

**Herr Bönecke** greift die Thematik auf und erbittet Informationen dazu, wie die Verwaltung beabsichtige damit umzugehen, dass es scheinbar einen weiteren Träger gebe, der auf dem gleichen Wege Finanzbedarf angemeldet habe. Er habe bereits in der letzten Sitzung des Stadtrates seine Bedenken hinsichtlich des Gleichbehandlungsgrundsatzes geäußert. **Frau Nußbeck** erklärt, dass die Verwaltung im Anschluss an die Ausführungen zu den Veränderungen noch über eine weitere informieren wollte, die in den aktuell vorliegenden Veränderungslisten noch nicht enthalten sei. Es gebe aus dem Jugendhilfeausschuss die bestätigten Projekte. Die im Haushalt vorhandene Gesamtposition „Zuschüsse an die Träger nach SGB VIII“ betrage 533.000,00 EUR, die aber nicht auskömmlich sei. Durch Tarif- und Preisstei-

gerungen werde es einen Mehrbedarf i. H. v. ca. 48.000,00 bis 49.000,00 EUR geben. Ein weiteres Projekt, die Ölmühle in Roßlau, sei genannt. Hier falle der bisherige Personalkostenzuschuss vom Land i. H. v. rd. 7.000,00 EUR weg. Dieser solle auch durch die Stadt kompensiert werden, jedenfalls in 2013. Diese beiden Veränderungen, die mit dem Fachdezernat abgestimmt wurden, werden noch Eingang in die Änderungsliste finden. **Frau Nußbeck** führt weiter aus, dass es noch drei weitere Anträge gebe, die dem Fachamt vorliegen, über die aber noch niemand entschieden habe. Die Verwaltung habe diese bisher noch nicht in den Haushalt aufgenommen, da dazu noch keine politische Meinungsbildung erfolgte. Zur weiteren Verfahrensweise mit derartigen Anträgen müsse man auf jeden Fall bestimmte Kriterien einziehen, an denen man solche Zuschüsse bewerte, damit keine Willkür entstehe. Dies sei auch die Meinung des Fachbeigeordneten, so **Frau Nußbeck**.

**Herr Schönemann** erklärt, dass er die Vorgehensweise den Jugendamtsbereich betreffend als durchaus positiv bewerte, weil damit dem Ansatz einer möglichen Ansicht in eine bestimmte Richtung vom Grundsatz her widersprochen werde. Insofern relativieren sich die Dinge dahingehend. Allerdings müsse er auch sagen, dass er es gern gesehen hätte, wenn es keine einseitige Konstellation gewesen wäre und es zur Betrachtungsweise in Gänze zu der quartiersbezogenen Betreuung gegeben hätte. Seiner Meinung nach hätte es hier und da noch Ansatzpunkte gegeben, um nachzujustieren und dann wäre man vielleicht nicht in die Diskussion geraten, die es dann am Ende gegeben habe. **Frau Nußbeck** betont an dieser Stelle, dass sie sehr dafür spreche, in diesem Bereich ein Qualitätsmanagement einzurichten. Dies sei für die politische Entscheidungsfindung unverzichtbar.

**Herr Bönecke** widerspricht diesen Aussagen deutlich. Aus seiner Sicht wäre es erforderlich gewesen, diese Kriterien im Vorfeld der jetzt getroffenen Entscheidungen aufzustellen, zumal es hier um freie Haushaltsmittel gehe, die nicht auf einer gesetzlichen Grundlage stehen und trotzdem aufgewendet werden. Er habe bereits in der betreffenden Stadtratssitzung davor gewarnt, hier ohne Kriterien Artikel 3 Grundgesetz eine Entscheidung zu treffen.

**Herr Rumpf** widerspricht dahingehend, dass nach Aussage Herrn Böneckes diese Entscheidung einer gesetzlichen Grundlage entbehre. Es gebe dazu einen eindeutigen Stadtratsbeschluss und der Stadtrat könne im Rahmen des Haushaltsrechts eine Entscheidung treffen.

**Herr Schönemann** ergänzt seine Ausführungen dahingehend, dass er denke, dass es besser sei, die Verfahrensweise auf diese Weise zu korrigieren und man somit aus der Erfahrung lerne. Er gehe nicht davon aus, dass es sich hierbei um eine vorsätzliche, einseitige Bevorzugung handele. Hier ging es auch um dieses Quartier und es war letztendlich der Bedarf. Richtig sei, und dies sei auch seine Erfahrung bei den Gesamtmaßnahmen der Stadt, dass man sich schon die Projekte über das laufende Jahr genauer anschau und zwischen Angebot und Nachfrage die Notwendigkeit abgleiche. Es gebe nach seiner Erfahrung in diesem Bereich Situationen, wo es sich um eine reine Arbeitsbeschaffung handele. Da gebe es Maßnahmen, die nichts oder nur entfernt mit Kindern zu tun haben. Das sei für die Stadt dann kontraproduktiv, wenn es in Quartieren mit sozialen Konflikten an Mitteln fehle. Aus diesem Grund sei die zukünftige Anbindung an Kriterien und die klare Auswahl der Projekte auch maßgeblich. Dies sei aber auch eine Frage des entsprechenden Fachausschusses, so **Herr Schönemann**.

**Herr Maloszyk** erklärt, dass die vorgeschlagene Verfahrensweise seiner Meinung nach ein recht guter Weg sei, um die jetzt erkannten Mängel in der Vergabe und Ver-

teilung von Mitteln zu erkennen und zu heilen. Aus diesem Grund sehe er hierin kein Problem.

**Herr Giese-Rehm** erklärt, dass er sich wünschen würde, dass derartige Kriterienkataloge eben nicht nur für die Träger gelten, sondern auch für das beteiligte Amt. Das diese Situation unbefriedigend sei, dem wolle er gern zustimmen, aber man habe auch in der Verwaltung diesbezügliche „Hausaufgaben“ zu erledigen, was das angehe.

### **Produkt 54700 Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs Kto.-Nr. 4145010 – Zuschuss von NASA für Buslinie Dessau-Jütrichau**

**Herr Tonndorf** erfragt die Gründe für den Zuschuss. **Herr Rumpf** erklärt, dass dieser nach seinem Kenntnisstand darin begründet sei, dass der Bahnhof in Jütrichau geschlossen und damit verbunden dem Ort Jütrichau eine Busverbindung zugesichert wurde. Es handelt sich hierbei um einen sog. Durchlaufposten im städtischen Haushalt.

**Herr Schönemann** nimmt Bezug auf den Prozess Masterplan Bauhausstadt. Der Haushalt enthalte einige Dinge, die im Zusammenhang mit dem Bauhaus selbst stehen. Diese Aktivitäten „Bauhausstadt“ in Gänze und im Komplex, und er sage dies an dieser Stelle nochmals mit Nachdruck, sollen aber nicht als Vorbereitung des reinen Jubiläums sondern als Impuls für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt zu sehen sein. Seine Frage sei, wie die Stadt mit dieser Thematik umgehen wolle. **Frau Nußbeck** erklärt, dass es einen diesbezüglichen Prüfauftrag aus der Fraktion Die Linke gebe, der in der gestrigen Haushaltsberatung protokolliert wurde. **Herr Rumpf** ergänzt, dass man sich in der gestrigen Sitzung abgestimmt habe, diese Thematik im Rahmen der Vorbereitung des Haushaltsplanes für 2014 mit entsprechenden Kostenstellen zu untersetzen.

### **Investprogramm 2012-2016**

**Frau Wirth** erläutert die im Ergebnis der Haushaltsberatungen zum Etat 2013 vorgenommenen Veränderungen (Anlage 2 – Seiten 13 und 14).

Im Ergebnis, so **Frau Wirth** weiter, führe das dazu, dass sowohl das Jahr 2013, als auch 2014 bis 2016 der investive Bereich ausgeglichen vorliege und die Stadt für diese Jahre keiner Kreditaufnahme bedarf.

**Herr Giese-Rehm** nimmt Bezug auf die genannten Maßnahmen Nr. 25, 26 und 27. Hierbei handele es sich um Maßnahmen im Zusammenhang mit der „Taube“. Er erfragt, ob eine Verschiebung dieser Maßnahmen auf spätere Jahre Probleme bei der Entwässerung bedeute. **Frau Wirth** weist darauf hin, dass die Maßnahmen Durchlässe Flugplatzgräben im Haushaltsplan 2014 – Maßnahmen Nr. 220 bis 248 – enthalten seien. **Frau Nußbeck** ergänzt, dass der Grund für die Verschiebung der Maßnahmen 25, 26 und 27 in der neuen Prioritätensetzung gesetzt sei.

**Herr Tonndorf** nimmt Bezug auf die neue Maßnahme Nr. 9 – Verbindungsweg Streetz/Natho u. Mühlstedt. Er sei der Annahme, dass dieser bereits fertig gestellt sei. **Herr Schmieder**, Amtsleiter Bauverwaltungsamt, weist darauf hin, dass die Bezeichnung der Maßnahme nicht korrekt sei. Es handele sich tatsächlich um den Verbindungsweg Streetz/Natho und Mühlstdorf. Im Weiteren auf den Radwegeverkehr Dessau-Roßlau in Richtung Klieken Bezug nehmend erfragt **Herr Tonndorf**, ob die-

se Maßnahme im Gespräch sei. **Herr Schmieder** verweist darauf, dass es sich in diesem Fall um einen Bundesstraßen begleitenden Radweg handele. Somit sei die Stadt nicht Baulastträger. **Herr Hantusch** ergänzt, dass er diese Problematik in einem der letzten Gespräche mit dem zuständigen Minister angesprochen habe, jedoch sei in diese Richtung keine Bewegung zu verzeichnen.

**Herr Dreibrodt** nimmt Bezug auf die lfd. Nr. 66 der Anlage 2 – Neubau der Turnhalle Grundschule Meinsdorf. Er bringt eine Zusage des ehem. Schulverwaltungsamtsleiters in Erinnerung, wonach diese Maßnahme zeitnah durchgeführt werden sollte. Nun sei im Haushalt diese Maßnahme auf spätere Jahre geschoben und er erfragt die Gründe hierfür. **Frau Wirth** erklärt, dass aufgrund des Förderprogramms STARK III die entsprechenden Eigenmittel für die geförderten Schulbaumaßnahmen gemäß dem Programm eingesetzt werden. Für den Neubau der Turnhalle Grundschule Meinsdorf seien derzeit keine Fördermittel erzielbar und aus diesem Grund sei diese Maßnahme in der Priorität auf spätere Jahre geschoben. **Frau Nußbeck** ergänzt, dass alle Eigenmittel für Schulbaumaßnahmen jetzt konzentriert auf die STARK III-Maßnahmen seien. Diese werden erheblich gefördert. Dies konnte dem ehem. Schulverwaltungsamtsleiter zum Zeitpunkt seiner Zusage nicht bekannt sein. Die Stadt wolle natürlich das Maximum an Fördermitteln in Anspruch nehmen und aus diesem Grund erfolgte eine nochmalige Umverteilung der Eigenmittel. Abschließend bestätigt sie, dass es dadurch auch zu Prioritätsverschiebungen kam. Auf die Anfrage von **Herrn Rumpf**, weshalb die Maßnahme nicht Bestandteil des Förderprogramms STARK III sei, erklärt **Frau Nußbeck**, dass es sich bei STARK III um die Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen handele. Darunter falle ein Turnhallenneubau nicht.

**Herr Schönemann** nimmt Bezug auf die Maßnahme „Dorfzentrum Mosigkau“. Er verweist auf Probleme in Bezug auf die veranschlagten Kosten. Er erfragt, ob der Kostenaufwuchs schon Thema innerhalb der Verwaltung gewesen sei. **Herr Schönemann** ergänzt, dass es sich hierbei um ein Vereinsprojekt handele, welches über eine LEADER-Finanzierung und einen finanziellen städtischen Anteil realisiert werde. Aus der statischen Ertüchtigung, so **Herr Schönemann**, treten Probleme auf, die noch der Klärung bedürfen. **Frau Nußbeck** erklärt, dass diese Problematik bislang nicht bekannt sei.

**Herr Schönemann** erklärt, dass es von einigen Ämtern ganz klare Vorgaben die Prioritäten von Maßnahmen betreffend gab. Er bittet darum, dass die Ausführungen aller Ämter, die ihre Vorgaben im Rahmen der Haushaltsberatungen darlegten, allen Stadträten zur Verfügung gestellt werden. **Frau Nußbeck** bestätigt, dass diese Präsentationen den jeweiligen Sitzungsniederschriften als Anlagen beigefügt werden.

**Herr Schönemann** nimmt Bezug auf den Kulturbereich und die sich dort abzeichnenden personellen Entwicklungen. Er erfragt ob es denkbar sei, dass man dem amtierenden Amtsleiter unterstützend zur Seite stehen könne vor dem Hintergrund der Situation der Vielzahl der offenen Probleme. **Frau Nußbeck** erklärt, dass eine Unterstützung insoweit möglich sei, dass man ihm für den durch ihn bisher betreuten Aufgabenbereich befristet zusätzliche personelle Unterstützung zur Seite stellen werde.

**Frau Nußbeck** verweist abschließend darauf, dass am Montag die Änderungslisten an alle Stadträte übergeben werden. Mit diesen Änderungen und den Prüfaufträgen, die die Verwaltung aus den Beratungen zum Haushalt erhalten habe, würde die Verwaltung in der Sitzung des Stadtrates am 24.04.2013 die Beschlussfassung zum

Haushaltsplan 2013 erbitten. Dies sei insofern wichtig, als dass man bereits mit der Arbeit an dem Haushaltsplan 2014 beginnen wolle und im Hinblick auf die Investitionen die Zeit der vorläufigen Haushaltsführung (satzungslose Zeit) nicht unnötig verlängert werden sollte.

**Herr Schönemann** erklärt, dass die Haushaltsberatungen in diesem Jahr eine sehr komplexe Angelegenheit waren. Man habe sich große Mühe gegeben, sich in diese neue Art der Beratungen einzubringen. Insofern sei es für seine Fraktion nicht einfach, einen entsprechenden Schlussstrich zu ziehen. An dieser Stelle wolle er aber noch 2 kleinere Nachfragen anbringen. Er nimmt Bezug auf die Problematik „Bremer Stadtmusikanten“ und erfragt, inwieweit ein Wechsel von einer Sanierungsmaßnahme in eine Neubaumaßnahme ein Risiko in Bezug auf Fördermöglichkeiten wäre.

**Frau Wirth** erklärt, dass diese Frage schwer zu beantworten sei. Es komme sicherlich darauf an, wie das Verhältnis einer Sanierungsmaßnahme am vorhandenen Standort zu einem Neubau tatsächlich sei. Die Förderprogramme setzen sich aus verschiedenen Mitteln zusammen und die energetische Zielstellung stehe im Mittelpunkt. Möglicherweise könne die Variante Neubau die Fördermöglichkeiten u. U. verbessern, wenn man in das Förderprojekt käme.

**Herr Schönemann** fragt im Weiteren, inwieweit es neue Erkenntnisse bezüglich der Bilanz gebe. **Frau Nußbeck** erklärt unter Bezugnahme auf Ihre Einführungsrede zur Einbringung des Haushaltsplanes, dass die Verwaltung momentan davon ausgehe, dass die Eröffnungsbilanz Ende 2014 stehe. Momentan sei man immer noch in der Erfassung und Bewertung des Vermögens und dies werde mindestens noch ein Jahr in Anspruch nehmen. Bedingt sei dies durch die Kompliziertheit der Themen und die Menge der zu erfassenden und zu bewertenden Dinge.

**Herr Dreibrodt** nimmt Bezug auf die Thematik Freiwillige Feuerwehren. Der Investitionszeitraum umfasse die Jahre 2012 bis 2016. Die Risikoanalyse Brandschutz, die den gleichen Zeitraum umfasse, sei derzeit in der Beteiligung bei den Ortschaften und soll am 05.06.2013 durch den Stadtrat abgeschlossen werden. Er könne an dieser Stelle nur für seinen Bereich, also Meinsdorf und Mühlstedt, sprechen. Hier sei dringender Bedarf für den Bau von Gerätehäusern. In der Risikoanalyse seien 2 Varianten enthalten. Zum Einen, so **Herr Dreibrodt**, werde von der Verwaltung präferiert, Geld um jeden Preis zu sparen, nämlich nur ein Gerätehaus zu bauen und die beiden Feuerwehren zwangszuvereinigen. Dann würde man mit 680 TEUR auskommen auf einem neutralen Standort zwischen den beiden Ortschaften. Dies wollen beide Orte nicht. Die Frage sei, welche Variante im Investitionsplan enthalten sei.

**Frau Nußbeck** erklärt, dass aus der Risikoanalyse momentan nur die Technik im Haushaltsplan 2013 enthalten sei. Was die Gerätehäuser anbetreffe, so sei im Haushaltsplan nichts eingestellt, so lange diesbezüglich keine endgültige Entscheidung getroffen sei.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Die stellv. Ausschussvorsitzenden erbitten abschließend um die Abstimmung im Sinne einer Beschlussempfehlung für die Entscheidung des Stadtrates am 24.04.2013 zum Haushaltsplan 2013, einschl. der abgestimmten Änderungen im Rahmen der Haushaltsberatungen.

1. BV/055/2013/II-20 – Haushaltssatzung 2013/Haushaltsplan 2013/Stellenplan 2013

Haupt- und Personalausschuss: 4/1/2 - mehrheitlich

Finanzausschuss: 4/1/2 – mehrheitlich

2. BV/061/2013/II-20 – Haushaltskonsolidierungskonzept 2013 und Folgejahre

Haupt- und Personalausschuss: 4/3/0 – mehrheitlich

Finanzausschuss: 4/3/0 – mehrheitlich

Es wird Nichtöffentlichkeit hergestellt.

**4.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2013 und Folgejahre**  
**Vorlage: BV/061/2013/II-20**

**7 Schließung der Sitzung**

Die gemeinsame Sitzung wird um 17:50 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 30.05.13

---

Matthias Bönecke  
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen

J. Düring  
Schriftführerin